

ATOMAUSSTIEG SELBER MACHEN

Infoblatt des AK - Infoladen März 2011



Die Szenen die sich derzeit in Japan abspielen sind nur schwer zu verdauen. Als wäre das Land nicht schon durch das Erdbeben und den anschließenden Tsunami genug gebeutelt, droht als Folge der atomare Super-GAU. Die Ereignisse die wir via Internet und TV verfolgen können, sind teils so rasant, dass es schon schwer fällt sich einen Eindruck über das Geschehen zu machen und den Überblick zu behalten. Das Leid und Elend, welchem die japanische Bevölkerung ausgesetzt ist, ist für uns nur schwer vorstellbar.

Das sich hierzulande Regierung und Opposition derzeit nicht gerade zimperlich angehen mag mit den bevorstehenden Landtagswahlen ausreichend zu erklären sein. Für beide steht viel auf dem Spiel und es bietet sich ein guter Aufhänger um noch mal kräftig Stimmvieh für die eigene Partei zu mobilisieren. Während die Atomfreunde von schwarz-gelb alles andere als überzeugend ihr Moratorium ankündigen, können sich rot und grün als die Aussteiger präsentieren, auf die nach dem Regierungswechsel niemand so recht hören wollte. Vergessen sollten wir dabei nicht, dass auch unter rot-grün keine sofortige Abschaltung alter Kraftwerke umgesetzt wurde, sondern ein „Auslaufmodell“ in welchem den Betreibern die Verdoppelung der bisherigen Betriebszeiten zugestanden wurde. So befand sich die Atomenergienutzung zum Zeitpunkt des „Atom-Konsens“ gerade mal in der Halbzeit der Produktion.

Damals wie heute war der Begriff des „Restrisikos“ nichts Neues. Dieses Restrisiko wurde und wird lediglich einer Kosten-Nutzen-Rechnung unterworfen und solange genug Profite erwirtschaftet werden, nimmt man dieses Risiko nur all zugerne in Kauf.

„Das Kapital hat einen Horror vor Abwesenheit von Profit, oder sehr kleinem Profit, wie die Natur vor der Leere. Mit entsprechendem Profit wird Kapital kühn. Zehn Prozent sicher, und man kann es überall anwenden; 20 Prozent, es wird lebhaft; 50 Prozent, positiv waghalsig; für 100 Prozent stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300 Prozent, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf die Gefahr des Galgens.“
(Karl Marx)

Umso verlogener erscheint es heute, wenn führende Politiker meinen, nach der atomaren Katastrophe in Japan müssten alte Entscheidungen neu überdacht werden. Ganz so, als hätte die Gefahr eines GAUs vorher nicht bestanden. Dass sich Sprecher der großen Stromkonzerne gegen die Abschaltung alter Kraftwerke auf Grund ausreichender Sicherheit

aussprechen, mag nicht wirklich überraschen.

Und schon setzt das große Rechnen ein. Wie schnell ist ein umfassender Ausstieg aus der Atomkraft umzusetzen? Welche Kosten sind damit verbunden? Woher das Geld nehmen?

Ehrlich gesagt ist uns das scheißegal. Unsere Logik richtet sich nicht nach Kriterien der Finanzierbarkeit. Unsere Kriterien sind die Möglichkeiten einer schnellst möglich technischen Realisierung des Ausstiegs. Und wenn es an der Kohle scheitert, da für den Aufbau regenerativer Energiequellen nicht genug Kapital zur Verfügung steht, so gibt es dafür nur eine Lösung: Die Abschaffung eines Systems welches auf Kapital, Tausch und Warenwert beruht - die Überwindung des Kapitalismus.

Wir wollen eine andere Welt, eine Welt in der es um Menschen geht und nicht um Profit. Nicht mehr und nicht weniger.

Wir sollten Wege zu einer Gesellschaft finden, die dezentral, bedarfsorientiert und unter ökologischen Gesichtspunkten produziert, statt die natürlichen Ressourcen unseres Planeten weiterhin zu plündern und Raubbau und Ausbeutung an Mensch und Natur zu begehen. Das Credo des Kapitalismus ist die Verpflichtung zum ständigen Wirtschaftswachstum. Eine tickende Bombe in Bezug auf unsere Lebensgrundlage. Erinnern wir uns an das Desaster nach der Explosion der Bohrinsel „Deepwater Horizon“ und die Unmengen an Öl die in den Golf von Mexiko sprudelte. Wo damals Großes Entsetzen herrschte, wird bereits heute wieder kräftig gebohrt, tiefer denn je.

Es wird also längst nicht mehr nur darum gehen, die herrschende Ordnung in Frage zu stellen. In Anbetracht der desolaten weltpolitischen Lage kann es nur noch darum gehen, die herrschenden Verhältnisse zu überwinden.

Auch wenn sich derzeit keine emanzipatorische Perspektive abzeichnet und solche Gedanken noch eher in utopischen Gefilden angesiedelt sind, müssen wir uns heute organisieren und Schritt für Schritt für ein ganz anderes Ganzes zu kämpfen. Vernetzen wir uns in der Nachbarschaft und im Stadtteil, in der Schule, an der Uni und im Betrieb, schlicht in allen Lebensbereichen. Kommen wir gemeinsam in Diskussion, erarbeiten wir uns Perspektiven jenseits von Kapitalismus, Ausbeutung und Unterdrückung. Wenn deutsche Atomkraftwerke vor zwei Wochen noch absolut sicher waren, dann können die Utopien von heute auch die Realität von morgen sein.

Es ist unser Leben und unsere Zukunft – packen wir es an!

Zu Uns:

Der AK Infoladen besteht aus einer handvoll Leuten die sich inhaltlich und praktisch mit gesellschaftspolitischen Themen beschäftigen. Wir vertreten dabei libertäre/anarchosyndikalistische Positionen, auf einer konsequent antikapitalistischen, antirassistischen und antimilitaristischen Grundlage.

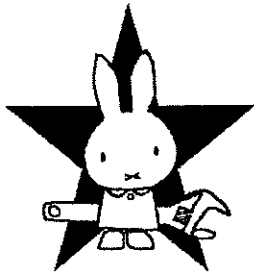
Darüber hinaus verwalten wir, wie der Name schon sagt, den Aschaffener Infoladen. Dieser ist vor kurzem in die Ernsthofstrasse 12 umgezogen und wir Anfang April wieder eröffnen. Der Laden steht dann allen Interessierten Dienstags von 18-20 Uhr und nach Absprache auch an anderen Terminen zur Verfügung. Dort findet ihr Bücher, Zeitschriften, Filme und Flyer zu diversen linken Themen und Aktionen. Der Laden bietet Raum für freie Informationen und Vernetzung mit dem Ziel autonome und selbstverwaltete Strukturen auf- und auszubauen. Schaut einfach mal vorbei, wir freuen uns auf euren Besuch!

Der Castor durch Aschaffenburg/ Mainaschaff

Im Vorfeld des Castor-Transports nach Gorleben im November 2010 gab es mehrere Demonstrationen und Kundgebungen in Aschaffenburg.

Doch am Abend des 08.11.10 konnte der Castortransport völlig unbehelligt von Protesten Mainaschaff passieren. Es war nicht das erste Mal, dass der Castor die Route durch Mainaschaff fuhr.

Da auch in Zukunft Transporte mit dem radioaktiven Müll anstehen, sollten sich lokale AktivistInnen überlegen, wie auch hier unser Protest deutlich gemacht werden kann!



Die FAU ruft zur Solidarität auf:

In Japan zeichnet sich nach einem Erdbeben der Stärke neun und einem z.T. über zehn Meter hohen Tsunami eine zusätzliche nukleare Katastrophe ab. Die FAU-IAA hat sich deshalb entschlossen mit dem „Freeters Relief Fund“ einen Hilfsfond einzurichten. Freeters sind die extrem prekär Arbeitenden in Japan, die sich teilweise nach anarcho-syndikalistischen Grundsätzen organisiert haben.

Einerseits sollen damit die GenossInnen in Japan finanziell unterstützt werden, andererseits wird es ggf. nötig sein anstelle von Bargeld Hilfspakete mit haltbaren Lebensmitteln, Medikamenten usw nach Japan zu schicken.

Zu guter letzt sollen die Mittel im Falle eines Falles auch helfen Japan ggf. zu verlassen...

Überweist bitte auf folgendes Konto:
Freie Arbeiter- und Arbeiterinnen Union
(FAU) Postbank Hamburg BLZ: 200 100 20
Konto: 961 522 Verwendungszweck:
Freeters Relief Fund"

Gezielte Einschüchterung und versuchte Zensur - der Staat geht gegen Atomkraftgegner vor

Am 28.10.2010 sollte eigentlich eine Info-Veranstaltung im Zuge der Castortransporte im Aschaffener Infoladen stattfinden. Eingeladen war ein Referent der Kampagne „Castor? Schottern!“ der das Aktionskonzept vorstellen und Hintergrundinformationen über Atomkraft im Allgemeinen geben wollte. „Castor Schottern!“ ist ein bundesweiter Mobilisierungszusammenhang, der zu Aktionen des massenhaften, zivilen Ungehorsams im Zusammenhang mit den Castor-Transporten durch Deutschland aufruft.

Bereits im Vorfeld wurde die Kripo Aschaffenburg (und ihre Kollegen bundesweit) aktiv und beanstandete ein Plakat von Castor Schottern, welches im Infoladen zu sehen war. Angeblich solle damit zur Begehung von Straftaten aufgerufen werde. Das Plakat wurde, ebenso wie der Veranstaltungshinweis auf der Website von AbaKuZ e.V., entfernt. In Abstimmung mit dem Referenten wurde vereinbart, dass bei der Veranstaltung keine Aufrufe zum „Schottern“ vorgenommen werden.

Da aufgrund des Drucks der Kripo die Werbung für den Vortrag sehr mager ausfiel, fanden sich am Abend nur etwa 20 BesucherInnen im Infoladen ein. Dazu gesellten sich zwei Beamte der Kripo Aschaffenburg, unter ihnen KHK Reis vom Staatsschutz, der bereits in der Vergangenheit immer wieder durch Ermittlungen gegen linke AktivistInnen auffiel. Die Personalien des Versammlungsleiters wurden aufgenommen und die Zivilbeamten kündigten die polizeiliche Observation der Veranstaltung an.

Dieses dreiste Vorgehen konnten und wollten wir nicht hinnehmen.

Da es sich bei den BesucherInnen um Bekannte des Versammlungsleiters handelte, erklärte dieser die Veranstaltung bereits vor Beginn auf Grund mangelnder Beteiligung für abgesagt. Im Anschluss lud er die anwesenden Bekannten zu einer kleinen Diskussionsrunde in privatem Rahmen ein und informierte die Kripobeamten, dass diese bitte die Räumlichkeiten umgehend verlassen sollten. Dieser Aufforderung kamen Sie zunächst nicht nach und beanstandeten das Vorgehen des Versammlungsleiters. Nach einem hitzigen, verbalen Schlagabtausch zeigten sich die Beamten mehr oder weniger einschüchtert und verließen den Infoladen, blieben jedoch vor Ort. Sie positionierten sie sich vor verschlossenen Türen und beobachteten den Diskussionskreis noch etwa 30 Minuten, bevor sie sich entfernten.

Der Staatsschutz ließ es sich nicht nehmen, noch einmal nachzutreten. Wochen später erhielt der Versammlungsleiter einen Bußgeldbescheid, da er mit dem Ausschluss der Beamten von einer öffentlichen (!) Veranstaltung, gegen das Versammlungsgesetz verstoßen hätte. Ein erfolgreicher Versuch, den Versammlungsleiter im Nachhinein zu kriminalisieren.

Wir werten das Vorgehen der Kripo im Vor- und Nachfeld als gezielte Repressionsmaßnahme um AKW-GegnerInnen einzuschüchtern.

Es handelt sich dabei um den Versuch offener Zensur einer missliebigen politischen Veranstaltung durch einen politisch motivierten Polizeieinsatz.

Bundesweit kam es zu ähnlichen Ermittlungen und Vorfällen deren Ergebnisse noch nicht absehbar sind. Fakt ist, dass sich AktivistInnen von diesen Maßnahmen nicht einschüchtern lassen werden, wie die massiven Großproteste während des Castortransports bewiesen. An den Aktionen von "Castor Schottern!" beteiligten sich mehrere tausend Menschen.

Im Rahmen des Verfahrens fielen natürlich Anwaltskosten für den Betroffenen an. Wer hierfür den ein oder anderen Euro locker machen kann, darf sich gerne an uns wenden. Wir werden diese an den Betroffenen weiterleiten.